P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
der Stadt Georgsmarienhütte vom 02.04.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173

Anwesend:

Vorsitzender

Schoppmeyer, Thorsten

Mitglieder

Beermann, Volker

Böhle, Rolf

Büter, Rainer

Grothaus, Ludwig

Hebbelmann, Udo

Holz, Benedikt

Kir, Emine

Korte, Thomas

Kraegeloh, Klaus

Lorenz, Robert

Symanzik, Julian

Wallenhorst, Sandra

Verwaltung

Belling, Christian

Frühling, Manfred

Pohlmann, Ansgar Bürgermeister

Reinersmann, Herbert

Telkamp, Wolfgang

Protokollführer/in

Budke, Andre

Gäste

Burrichter, Detlev (IPW)

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 19:46 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr FB IV/04/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 04.03.2013 und am 11.03.2013
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Straßenbeleuchtung siehe Anlage
3.2.	Mühlenteich - Antwort des Landkreises
4.	Endausbau der Erschließungsstraße zwischen Glückaufstraße und Am Rathaus Vorlage: BV/074/2013
5.	Freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb Neugestaltung Stadtplatz Vorlage: BV/072/2013
6.	Umbau Bushaltestelle Klöckner Straße/Johannes-Möller-Straße - Möblierung/ Ausstattung Vorlage: BV/075/2013
7.	Antrag auf Aufstellung einer Innenbereichs-Satzung (südlich Heinrich-Schmedt-Straße) Vorlage: BV/070/2013
8.	Bebauungsplan Nr. 196 "Im Nordfeld" - Aufstellung einer 1. Änderung - Vorlage: BV/066/2013
9.	Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff" Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB Vorlage: BV/053/2013
10.	Beantwortung von Anfragen
11.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Schoppmeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Reinersmann bittet darum, TOP 7 „Antrag auf Aufstellung einer Innenbereichs-Satzung (südlich Heinrich-Schmedt-Straße)“ von der Tagesordnung zu nehmen, da sich hier neue Gesichtspunkte ergeben hätten, die zunächst von der Verwaltung aufbereitet werden müssten.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr FB IV/04/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 04.03.2013 und am 11.03.2013

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB IV/03/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 04.03.2013 wird genehmigt.

Folgender Beschluss wird bei einer Enthaltung gefasst:

Das Protokoll Nr. FB IV/04/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 11.03.2013 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

**3.1. Straßenbeleuchtung
siehe Anlage**

Herr Reinersmann ergänzt zum vorliegenden Vermerk, dass eine Antragstellung zur LED-Maßnahme 3 bis zum 30.03.2013 möglich war und durch die Verwaltung erledigt wurde. Die Antragssumme entspricht den bisherigen Stromkosteneinsparungen, die als Guthaben bei den Stadtwerken geführt werden, und soll hieraus gemäß Ratsbeschluss vom 10.12.2008 bezahlt werden.

Die Auswirkungen der LED-Maßnahme 2 könnten noch nicht bewertet werden, da diese erst seit dem 02.01.2013 durchgeführt werde.

Herr Grothaus merkt an, laut Beschlusslage sollten eingesparte Haushaltsmittel in weitere Energiesparmaßnahmen investiert werden. Er fragt an, ob Energieeinsparungen auch erreicht und nun eventuell ein neuer Beschluss notwendig sei.

Herr Reinersmann erläutert, Förderbedingung sei u.a. eine 60%-ige Verbrauchseinsparung. Die Fördersatzte seien mit jedem neuen Programm gesunken. Die Strompreise hätten sich dagegen, wie aus der Aufstellung ersichtlich, seit dem Jahr 2000 verdoppelt, so dass Verbrauchseinsparungen nicht zu parallelen Kostenreduzierungen führen würden. Laut Beschluss des Rates von 2008 wurden die erzielten Einsparungen als zusätzliche Mittel für Umrüstungen definiert. Derzeit gebe es noch 400-500 Leuchten, die umgerüstet werden könnten.

Herr Hebbelmann fragt an, ob die eingesparten Mittel im Haushalt verbucht würden.

Herr Reinersmann antwortet, diese Mittel würden nicht im Haushalt, sondern als Guthaben bei den Stadtwerken geführt.

3.2. Mühlenteich - Antwort des Landkreises

Herr Lorenz bittet darum, das Schreiben des Landkreises Osnabrück im Original zur Verfügung zu stellen, damit u.a. der Verfasser identifiziert werden könne.

4. Endausbau der Erschließungsstraße zwischen Glückaufstraße und Am Rathaus Vorlage: BV/074/2013

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Burrichter, Büro IPW, erläutert anhand einiger Pläne (vgl. Anlage) den geplanten Endausbau der Erschließungsstraße.

Der wasserwirtschaftliche Entwurf (vgl. Anlage TOP 4; 1) sehe vor, mittelfristig alle Regen- und Schmutzwasserleitungen aus der Trasse der Graf-Stauffenberg-Straße zu entfernen und sie daher jetzt teilweise in der Trasse der neuen Straße zu führen.

Bislang seien die Baustraße und Teile der Gehweganlagen hergestellt worden (vgl. Anlage TOP4; 2, schwarze bzw. gelb gekennzeichnete Bereiche).

Im Endzustand (vgl. Anlage TOP 4; 3) solle ein Minikreisel mit 3 Armen entstehen, auf den die Straße von der Dütebrücke, der verlängerte Sandweg und eine neue Planstraße nördlich des Hofes Potthoff zuliefen.

Das Höhenniveau der Straßen könne im weiteren Verfahren noch angepasst werden.

Herr Burrichter erklärt, dass die Kanäle bis September 2013 fertig gestellt sein sollen. Zu diesem Zeitpunkt sollten die Ergebnisse aus dem freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb zur Umsetzung im Endausbau, d.h. für den Straßenbau, vorliegen.

Herr Beermann fragt an, ob die Verlegung der Wasserkanäle für die Platzgestaltung notwendig sei.

Herr Burrichter antwortet, u.a. würde durch die Verlegung der Kanäle die Möglichkeit gewonnen, das ehemalige Stück der Graf-Stauffenberg-Straße trassenfrei zu gestalten und in den Platz zu integrieren.

Herr Reinersmann ergänzt, dass derzeit die Oberflächenentwässerung ohne Rückhaltung in die Düte geführt werde, in Zukunft solle dies durch ein Regenrückhaltebecken geordnet

erfolgen. Hierfür müsste über die neue Straße die Entwässerung des engeren Bereiches erfolgen, das aus den südlicheren Bereichen stammende Oberflächenwasser müsste dann über einen neuen Kanal dem östlich der Hofstelle Potthoff zu bauenden Regenrückhaltebecken zugeführt werden.

Herr Beermann fragt, ob der Realisierungswettbewerb zeitgleich mit dem Kanalbau erfolge. Herr Burrichter erwidert, dass die Straßentrasse als fix definiert worden sei. Herr Telkamp ergänzt, dass aber weiterhin Anpassungen in der Höhe und im Material möglich seien, nur der Trassenverlauf sei festgeschrieben.

Herr Beermann regt an, den Höhenverlauf der Straße zu optimieren und u.a. die bestehende „Welle“ auszugleichen. Weiterhin sei eine bessere Anbindung der Anlieger der Straße „Am Rathaus“ zur Dütebrücke sinnvoll.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Der Endausbau der Erschließungsstraße erfolgt nach den vorgestellten Planungen.

**5. Freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb
Neugestaltung Stadtplatz
Vorlage: BV/072/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Telkamp erläutert anhand der Präsentation (vgl. Anlage) die weiteren Schritte und Fristen des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs.

5 Planungsbüros seien von der Verwaltung auf eine Teilnahme angesprochen worden, weitere 20 Büros würden über das Losverfahren ermittelt.

Am 04.04.2013 werde der Realisierungswettbewerb EU-weit veröffentlicht.

Neben der europaweiten Veröffentlichung sei auch die Besetzung der Jury zwingend zu regeln.

Herr Frühling erläutert, in der Jury müssten die Fachpreisrichter laut Vorgabe mindestens 1 Person mehr sein als die Gruppe der Sachpreisrichter. Neben 5 Sachpreisrichtern (Vorschlag der Verwaltung: Bürgermeister Pohlmann, Ausschussvorsitzender Schoppmeyer, 3 Vertreter der Ratsfraktionen) seien 6 Fachpreisrichter und ihre Vertreter namentlich zu benennen.

Im weiteren Verfahren würden nach der Jurysitzung im September im Rahmen der Ausstellungsphase die Arbeiten der Öffentlichkeit 2 Wochen zugänglich gemacht.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Auslobung des Wettbewerbs erfolgt nach dem vorgelegten Textvorschlag. Die Besetzung der Wettbewerbsjury erfolgt entsprechend dem Vorschlag der politischen Parteien und dem von Verwaltung und Büro Drees und Huesmann vorgelegten Besetzungsvorschlag.

**6. Umbau Bushaltestelle Klöckner Straße/Johannes-Möller-Straße - Möblierung/ Ausstattung
Vorlage: BV/075/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Telkamp erläutert, dass alle Arbeiten grundsätzlich innerhalb der Sommerferien erfolgen sollten.

Bei den vorgestellten Plänen sei zu beachten, dass der Förderantrag nach Sach- und nicht nach Materialgesichtspunkten gestellt würde. In der Vorlage seien verschiedene alternative Wartehallen und Sitzmöglichkeiten aufgeführt. Eine Entscheidung über die konkret eingesetzten Materialien könne nach dem Ergebnis der Ausschreibung getroffen werden.

An der Klöckner Straße würden zukünftig vier Busbuchten (in „Sägezahnauflistung“) bestehen, die Fahrgassen würden erweitert, ein Abstand zur L 95 sei vorgesehen.

Im Rahmen der Maßnahmen an der Johannes-Möller-Straße sei der Grünbestand bereits zurück genommen worden aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Vogelbrutzeiten. Es müssten für die Maßnahme einige Versorgungsleitungen verlegt werden, da die Linienführung der Busse verschwenkt würde. Die bisherige Zufahrt der Schule bleibe für Feuerwehrfahrzeuge erhalten, die normale Zufahrt erfolge über die heutige Parkplatzfläche der benachbarten Polizei.

Die weiteren Aufträge könnten erst nach Eingang des Bewilligungsbescheids erteilt werden, Ende 04/2013 sollten die Planungen weitgehend abgeschlossen sein.

Herr Holz fragt an, ob es hinsichtlich der Ausstattung einer Förderobergrenze gebe, was Herr Telkamp bestätigt.

Weiterhin regt Herr Holz an, die Schülerschaften an der Gestaltung der Bushaltestellen zu beteiligen. Herr Telkamp erläutert, durch Regelung der technischen Belange könne hierfür die Voraussetzung geschaffen werden.

Herr Kraegeloh bittet um Auskunft, ob die Auffahrt der Busse auf die Klöckner Straße eventuell durch eine Bedarfsampel o.ä. geregelt werden könne.

Herr Telkamp antwortet, dies sei geprüft und grundsätzlich als möglich bewertet worden, allerdings sei der Umgang mit der Einmündung des Carl-Stahmer-Weges und mit der Fußgängerampel, die beide sehr nah an den Bedarfsampeln liegen würden, noch nicht geklärt, es sei auch noch das Verhältnis von Bedarf und Aufwand zu klären.

Weiterhin möchte Herr Kraegeloh wissen, wie mit dem an der Bushaltestelle Klöckner Straße befindlichen Verkaufswagen umgegangen werden solle. Herr Telkamp erwidert, der Wagen sei in der Planung nicht mehr enthalten. Auf Anfrage von Herrn Korte erläutert Herr Telkamp, der Standort sei für einen Wirtschaftsbetrieb nicht geeignet, wegen verkehrlicher Behinderungen und möglicher Beschädigungen der Oberflächen durch den Kundenverkehr.

Herr Symanzik fragt an, ob die in 2012 gestellte Anfrage des Stadtelternrates zum Carl-Stahmer-Weg, u.a. mit der Anregung, eine Einbahnstraße einzurichten, berücksichtigt worden sei. Herr Telkamp antwortet, die Anfrage sei im Rahmen der Verkehrsschau umfassend behandelt worden und würde hier nicht weiter berücksichtigt.

Auf Herrn Lorenz Nachfrage nach den Kosten der Maßnahme beziffert Herr Telkamp diese auf ungefähr 365.000 € zzgl. Fördermittel. Eine Kostenschätzung werde mit dem Protokoll geliefert.

Frau Wallenhorst fragt an, ob die 2 geplanten Wartehallen für alle Nutzer reichen würden, was Herr Telkamp verneint. Allerdings könnten sich 2-3-mal so viele Personen wie bislang unterstellen, dies sei bei derartigen Schulbushaltestellen aus Kostengründen ein übliches Vorgehen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Es sind Alternativen für die Wahl der Ausstattungselemente in die Ausschreibungen aufzunehmen, um dann eine Systemfestlegung vom Angebotsergebnis abhängig zu machen (Wartehallengröße, -farbe bzw. Art der Bankelemente-Farbkonzept). Ansonsten werden die Planungen in der beschriebenen Weise zum Abschluss gebracht.

**7. Antrag auf Aufstellung einer Innenbereichs-Satzung
(südlich Heinrich-Schmedt-Straße)
Vorlage: BV/070/2013**

Dieser TOP wurde vertagt.

**8. Bebauungsplan Nr. 196 "Im Nordfeld"
- Aufstellung einer 1. Änderung -
Vorlage: BV/066/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Symanzik war zu diesem TOP abwesend.

Herr Frühling erläutert, von Seiten der Verwaltung werde eine Verdichtung im Bestand grundsätzlich begrüßt.

Herr Beermann bittet um Auskunft, in welchem Bereich sich das Mischgebiet befinde. Dieses befindet sich in dem im Bebauungsplan gelb markierten Bereich angrenzend an die Glückaufstraße, erläutert Herr Frühling.

Weiterhin möchte Herr Beermann wissen, ob auch in diesem Bereich eine Zweitbebauung angestrebt werde.

Herr Frühling antwortet, dieser Bereich sei durch die Verkehrsemissionen der Glückaufstraße relativ hoch belastet, eine Ausweisung von Wohnbauflächen sei daher derzeit planungsrechtlich problematisch. Falls im Rahmen der Lärmaktionsplanung eine Beruhigung eintrete, sei eine solche Ausweisung zukünftig möglich.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 1 fehlendem Ausschussmitglied einstimmig gefasst:

Die Aufstellung einer 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 196 „Im Nordfeld“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 1 Abs. 3 BauGB beschlossen. Das Verfahren wird nach den Vorgaben des § 13a BauGB als Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Städtebauliches Ziel ist die Verdichtung der vorhandenen Bebauung zur Hebung eines bestehenden Verdichtungspotentials

**9. Bebauungsplan Nr. 256 "Rittergut Osthoff"
Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung
der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: BV/053/2013**

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Lorenz kritisiert, dass in seinen Augen der überbaubare Bereich des Bereiches „Harderburg“ mit 1.132 m² zuzüglich 466 m² für Nebengebäude zu groß sei.

Weiterhin seien im Bereich Harderburg Flora und Fauna nicht berücksichtigt (Umweltbericht, S. 13). Dieser Fehler führe zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes.

Das Grundstück Harderburg sei nur teilerschlossen, es existiere kein Anschluss an das Strom-, Gas- oder Wassernetz.

Herr Frühling entgegnet, das Büro BMS sei 2006 beauftragt worden ca. 89 ha Fläche des Rittergutes Osthoff zu untersuchen. Ausweislich des Gutachtens wird vom Gutachter bestätigt, den Bereich Harderburg mit untersucht zu haben. Insofern geht die Verwaltung davon aus, dass der Bereich Harderburg auch hinsichtlich der „Arten und Lebensräume“ mit untersucht wurde. Eine Klärung hierzu wird erfolgen.

Am 04.02.13 seien dem Ausschuss in der Vorlage überbaubare Bereiche vorgeschlagen worden. Dem Ausschuss stehe frei, deren Größe zu verändern.

Die technische Erschließung des Bereiches Harderburg sei Sache des Bauherrn.

Herr Lorenz moniert, dass der Bereich Harderburg nicht auf Flora und Fauna untersucht worden sei, insbesondere nicht auf Fledermäuse.

Herr Kraegeloh weist auf den historischen Bezug der geplanten Bebauung hin. Der Bereich Harderburg sei seit ca. 500 Jahren bebaut, das alte Herrenhaus war weitaus größer als die heute bestehende Ruine oder die geplante Neubebauung. Die Pläne des Eigentümers seien größer als die Ruine, aber weitaus kleiner als der alte Gutshof und in ihrer Art und Weise akzeptabel.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass im Bereich der Harderburg zwei teilweise abgestorbene Großbäume stehen, in denen Fledermäuse leben würden. Diese Bäume seien im Bebauungsplan nicht als „erhaltenswert“ eingetragen.

Herr Reinersmann erläutert, laut Untersuchung seien die Bäume in Zukunft abgängig, das Vorhandensein von Fledermäusen könne geprüft werden.

Herr Böhle spricht sich gegen eine Bebauung im Bereich Harderburg aus.

Herr Schoppmeyer verweist darauf, dass der überbaubare Bereich der Harderburg aus den Untersuchungen von Frau Dipl.-Ing. Carolin-Sophie Prinzhorn entwickelt worden sei. Eine Verkleinerung des überbaubaren Bereiches könne von den politischen Gremien beschlossen werden.

Herr Hebbelmann unterstützt einen Teilaufbau des historischen Gutshofes Harderburg, möchte dessen Ausmaß aber begrenzt sehen.

Herr Reinersmann erläutert, eine Verkleinerung des überbaubaren Bereiches sei grundsätzlich möglich und eine politische Entscheidung. Je weiter vom historischen Bestand im überbaubaren Bereich abgewichen werde, desto schwerer falle die Begründung der Bebauung aus der Historie.

Herr Frühling ergänzt, dass alternativ zur Reduzierung des überbaubaren Bereiches eine Anpassung der Grundflächenzahl (vgl. § 19 BauNVO) von 0,4 auf 0,2 ebenso zielführend

sei. Er gibt zu bedenken, dass in der GRZ alle versiegelten Flächen, also hier auch das Kellergewölbe, erfasst würden.

Herr Beermann schlägt vor, die Bäume, an denen die Eigentümer bereits Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt hätten, eindeutig festzusetzen und die Abstimmung über den TOP angesichts der Fülle des von der Verwaltung gelieferten Materials zu vertagen.

Zugleich bittet Herr Beermann, bis dahin die Vor- und Nachteile eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans seitens der Verwaltung aufzuarbeiten.

Herr Schoppmeyer bittet darum, in der heutigen Sitzung alle offenen inhaltlichen Fragen an die Verwaltung zu richten, damit in der nächsten Sitzung abgestimmt werden könne.

Herr Beermann bittet nach Möglichkeit um einen aktuellen Entwurf des Bauvorhabens an der Harderburg. Weiterhin sollten alle Verpflichtungen der Eigentümer dem Ausschuss vorgelegt werden, eventuell könne mit den Eigentümern ein städtebaulicher Vertrag geschlossen werden.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass noch eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen müsse.

Herr Korte regt an, die Rahmenbedingungen an der Harderburg möglichst eng zu fassen, damit es hier nicht in Zukunft, evtl. nach weiteren Eigentümerwechseln, unerwünschte Entwicklungen gebe.

Herr Lorenz bittet um Auskunft, weshalb der überbaubare Bereich des Kottens im Südosten des Rittergutes auf ca. 300 m² verdoppelt worden sei. Herr Reinersmann antwortet, hierbei handle es sich um einen Vorschlag, der letztlich politisch entschieden werden müsse.

Herr Lorenz möchte weiterhin wissen, ob es richtig sei, dass im Bereich des östlichen Torhauses eine Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes auf einer heutigen Waldfläche angeregt werde.

Herr Frühling antwortet, dies werde vorgeschlagen, bisher liege hierzu keine Entscheidung der politischen Gremien vor. Das Gelände sei allerdings bereits verkauft und eine Umwandlung des Kiefernwaldes sei möglich.

Herr Reinersmann ergänzt, die Denkmalschutzbehörde habe betreffend der Torhäuser darauf gedrungen, keine direkten Anbauten vorzunehmen.

Auf Anfrage von Herrn Schoppmeyer, ob die angesiedelte Firma Erweiterungsbedarfe sehe, äußert Herr Reinersmann, dass der Erwerber bereits im Zusammenhang mit dem Grundstückskauf auf künftige betriebliche Erweiterungsbedarfe hingewiesen habe.

Herr Lorenz bittet um Auskunft, auf welcher Grundlage am eigentlichen Rittergut Osthoff nach Naturschutzrecht geschützte Flächen z.T. als Parkplätze eingerichtet werden konnten und diese Flächen im Planentwurf als Baufläche vorgesehen seien. Herr Reinersmann antwortet, dass beim Rittergut grundsätzlich die Notwendigkeit weiterer Ställe bestehen könnte.

Herr Frühling ergänzt, die bisherigen Maßnahmen seien in Absprache mit dem Landkreis Osnabrück erfolgt. Eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange könne erst erfolgen, wenn durch den Ausschuss ein Konzept beschlossen werde.

Herr Beermann regt an, Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung an der Allee hinter den Torhäusern zu prüfen. Herr Reinersmann antwortet, die öffentliche Straße ende hinter den Torhäusern, bis hierhin sei eine Ausbauplanung möglich. Der TOP wird zur Beratung in die Fraktionen gegeben.

10. Beantwortung von Anfragen

Mühlenteich Kloster Oesede

Herr Lorenz hatte in der Sitzung des Ausschusses am 02.04.2013 um Lieferung des Schreibens des Landkreises zum Mühlenteich in Kloster Oesede gebeten.

Antwort der Verwaltung:

Die dem Protokoll als Anlage beigefügte Tabelle wurde als Stellungnahme/Antwort des Fachdienstes Umwelt vom Fachdienstleiter Umwelt übersandt.

Zum besseren Verständnis für die Ausschussmitglieder ist diese Tabelle in einigen Fragen zusammengefasst und/oder mit Ergänzungen, die wiederum mit dem Landkreis abgestimmt wurden, konkretisiert worden.

Kosten des barrierefreien Ausbaus der Schulbushaltestellen „Johannes-Möller-Straße“ und „Klößnerstraße“ inklusive Wetterschutz

Herr Lorenz hatte in der Sitzung des Ausschusses am 02.04.2013 um eine Kostenschätzung zur oben genannten Maßnahme gebeten.

Antwort der Verwaltung:

Laut Förderantrag an die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH vom 08.08.2012 betragen die gesamten Investitionskosten der oben genannten Maßnahme 545.025 €. Hiervon sind 163.050 € Eigenmittel der Stadt Georgsmarienhütte und 381.975 € beantragte Zuwendungen.

11. Anfragen

Alte Heerstraße

Herr Symanzik bittet im Hinblick auf eine Pressemitteilung der Grünen um Auskunft, ob es richtig sei, dass die Alte Heerstraße als Vorfahrtsstraße eingerichtet werden solle.

Herr Reinersmann antwortet, dies sei aktuell von der Polizei angeregt worden, wie es auch im Verkehrsentwicklungsplan angeregt werde.

Herr Bürgermeister Pohlmann ergänzt, von der Verwaltung, Verkehrsbehörde, gehe hierzu keine Initiative aus.

BVA Malbergen

Herr Lorenz bittet um Auskunft hinsichtlich seiner Anfrage im Ausschuss vom 04.03.

Mühlenteich

Herr Hebbelmann bittet um Darstellung der Wasserzu- und –umflüsse des Mühlenteiches.

Herr Reinersmann antwortet, die Untere Wasserbehörde sei um weitere Informationen zum Mühlenteich gebeten worden, die Darstellung der Wasserflüsse werde mit der Behörde abgestimmt.

Lärmschutzwand B 51 Harderberg-Weidenstraße

Herr Korte bittet um den Sachstand zur Lärmschutzwand.

Herr Reinersmann erläutert, die Maßnahme werde derzeit verwaltungsintern vorbereitet und mit Vorliegen des Haushaltsplans 2013 weiter umgesetzt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung